CSU kritisiert Entlassung des Stadtbau-Chefs

Vorsitzender des Mieterbunds fordert sozialere Ausrichtung des städtischen Unternehmens

Regensburg. (bd) Vor gut einer Woche kam die Nachricht, dass der Chef der Stadtbau GmbH, Joachim Becker, von allen Aufgaben freigestellt und sein Vertrag, der im nächsten Jahr ausläuft, nicht verlängert wird.

Ein Vorzeigeprojekt der Stadtbau. Wenn die Politk mehr Geld zur Verfügung stellen würde, könnte auch mehr gebaut werden, ist die Kritik der CSU. Foto: Peter Ferstl

Warum sich die Mitglieder des Aufsichtsrates so plötzlich für diesen Schritt entschieden haben, ist bisher nicht an die Öffentlichkeit gedrungen. Die im Gremium vertretenenen Stadträte schweigen auf Anfrage. Bekannt ist, dass die SPD und die Grünen mit der Arbeit Beckers nicht ganz zufrieden waren, sie wünschten sich eine sozialere Ausrichtung der Stadtbau. Das Internetportal *regensburg digital* zitiert eine Tischvorlage Beckers aus einer nicht öffentlichen Sitzung des Aufsichtsrats. Darin wirft Becker der Stadt vor, die Stadtbau nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln versorgt zu haben. Die Versprechungen vor der letzten Kommunalwahl, Geld für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, seien nicht erfüllt worden.

Becker wird zum Bauernopfer politischen Versagens

Inzwischen hat sich auch die CSU-Fraktion geäußert. Die bunte Koalition habe in einem für die Stadt bisher beispiellosen Akt Becker beurlaubt. Er werde damit zum Bauernopfer politischen Versagens der Stadtspitze gemacht. Mit den im Wahlkampf versprochenen zehn Millionen Euro hätte die Stadtbau die Erwartungen erfüllen können. Diese Personalentscheidung würde die Stadt einen sechsstelligen Betrag kosten und hinterlasse das Unternehmen führungslos. Pikant sei, dass für die Nachfolge bereits ein ehemaliger Mitarbeiter der Stadtbau genannt werde.

Becker werde zum Bauernopfer für die Fehler der bunten Koalition gemacht. Er habe aber nach Ansicht der CSU die Stadtbau kontinuierlich nach vorne gebracht.

Anders sieht das der Vorsitzende des Mieterbunds, Kurt Schindler. Becker habe neun Jahre lang die Stadtbau wie ein privates Wohnungsunternehmen nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung geführt, anstatt für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Mieterbund hat konkrete Vorschläge, um das Mietniveau zu senken

Schindler weist auf eine Initiative der Stadt München hin. Dort wurde im Juli eine Mietpreisbremse beschlossen. In einem Brief an Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer hat Schindler eine Beschränkung des Mietpreisanstiegs gefordert. Im Einzelnen will er eine Beschränkung der Mieterhöhung innerhalb von fünf Jahren um maximal zehn Prozent, die Beschränkung der Miete auf maximal 90 Prozent des jeweiligen Mietspiegelwertes, die Senkung der Modernisierungsumlage von elf auf fünf Prozent, die Begrenzung der Erstvermietungsmiete bei einkommensabhäng geförderten Wohnungen auf die ortsübliche Miete minus 20 Prozent sowie die Erhöhung der Einkommensgrenzen bei einkommensabhäng geförderten Wohnungen um 30 Prozent.